

■ Antifaschistisches **INFO** **22**

Mai/Juni 1993

4,- DM **BLATT**

**Asylgesetze
- Grenzen
dicht für alle**

**Freiwillige
Polizeireserve
- Nazis in
Uniform**

GdNF intern

**Deutsche Liga
für Volk
und Heimat**

Die Nationalen

**Frauen in der
Naziskinszene**

**Wahlen in
Frankreich**



Deportation von Roma-Flüchtlingen

– Veränderung des Artikel 16

Deutschland macht seine Grenzen dicht

Seit Januar dieses Jahres werden wöchentlich Roma vom Berliner Flughafen Schönefeld nach Rumänien abgeschoben. Dieses geschieht auf Grund des am 1.11.1992 zwischen Deutschland und Rumänien verabschiedeten Abkommens »über die Rücknahme von sich illegal in Deutschland aufhaltenden rumänischen Staatsbürgern«. Als »illegal« gelten hierbei diejenigen, die ohne Ausweis in die BRD eingereist sind. Dies betrifft ca. 40 000 in der BRD lebende Roma-Flüchtlinge.

In den Monaten Januar bis April wurden bereits 8000 Roma abgeschoben, 90% von ihnen wurden beim Überqueren der Oder-Neiße-Grenze abgefangen und, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, einen Asylantrag zu stellen, zum Flughafen Schönefeld gefahren, von wo aus sie sofort nach Rumänien zurückgeflogen wurden. Mit dieser Vorgehensweise wendet der deutsche Staat bereits den veränderten Artikel 16 an, obwohl dieser noch nicht verabschiedet ist.

In Rumänien angekommen, werden die Männer sofort wegen illegaler Ausreise verhaftet. Dieses wissend und auch wissend, daß es in Rumänien immer wieder zu Pogromen kommt, bei denen Roma-Siedlungen bereits angesteckt und Menschen umgebracht worden sind, spricht der deutsche Staat nach wie vor davon, daß die Roma in Rumänien nicht verfolgt werden. Die bisherigen Geschehnisse werden auf den rebellierenden Mob geschoben, mit dem die Regierung angeblich nichts zu tun hat. Gleichzeitig ist jedoch in der rumänischen Presse und im Fernsehen, beides in der Hand der Regierung, zu lesen und zu sehen, wie öffentlich zum Haß gegen die Roma aufgerufen wird und wie sie zu Sündenböcken für die rumänische Mißwirtschaft und die soziale Armut gemacht werden. Dafür, daß Rumänien die Roma »zurücknimmt«, zahlt die



BRD 30 Millionen DM, die jedoch, nach Auskunft eines Vertreters der Roma-Jugend in Bukarest, nicht etwa für die Unterstützung der Roma, sondern für die Unterstützung von in Rumänien lebenden Volksdeutschen verwendet wird.

Bislang ist es in der BRD zu fast keinen öffentlichen Protestaktionen gegen die Abschiebungen gekommen. SOS-Rassismus rief wenige Male zu Aktionen am Flughafen Schönefeld auf, es kamen jedoch nie mehr als ca. 30 Personen, die auch vom sehr massiv auftretenden Bundesgrenzschutz sehr schnell gezwungen wurden, das Flughafengelände wieder zu verlassen. (Wer Interesse an den Aktionen hat, möge sich doch bitte bei SOS-Rassismus, Tel.: 200 25 40, melden)

Die Deportation der Roma ist aber nur ein Beispiel für eine Reihe von Maßnahmen, die die BRD einsetzt, um hier lebende ImmigrantInnen und Flüchtlinge des Landes zu verweisen und die Grenzen für Nicht-Deutsche zu schließen. Als weitere Beispiele müssen hier das neue Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz und die Veränderung des Artikel 16 des Grundgesetzes genannt werden.

Das Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz

Das Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz, das offiziell seit dem 1. Juli 1992 in Kraft ist, umfaßt zwei Maßnahmen:

1. Das Asylverfahren wird von bisher 2 Jahren auf 6 Wochen verkürzt, wobei es nur einmal zu einer Anhörung der Flüchtlinge kommt, die in den ersten zwei Wochen stattfinden muß. Bei dieser Anhörung müssen die Flüchtlinge alle Fakten nennen, die für ihre Anerkennung als Flüchtling von Bedeutung sind. Alles, was zu einem späteren Zeitpunkt gesagt wird, spielt bei der Entscheidung über ihren Asylantrag keine Rolle mehr. Eine unmenschliche Bestimmung, wenn man weiß, daß z.B. Folter- oder Vergewaltigungsopfer oft erst nach mehreren Anläufen über die Verbrechen, die an ihnen begangen wurden, sprechen können.
2. Das neue Gesetz sieht die Unterbringung in »Gemeinschaftsunterkünften« vor, die die Außenstellen der Anerkennungsstelle für ausländische Flüchtlinge in Zirndorf und direkt dem Innenministerium unterstellt sind. Der Begriff »Gemeinschaftsunterkunft« ist dabei mehr als verklärend, denn in diesen Lagern müssen mindestens 500

Ein paar Kratzer am Lack.
Mehr bedeuten die Verbote der
DA, NO und des Kameradschafts-
bunds für die GdNF nicht.
Dem Infoblatt liegen jetzt interne
Schulungsmaterialien aus dieser
»Keimzelle einer neuen NSDAP« vor,
die dies eindeutig belegen.

GdNF intern!



Die GdNF-Riege trauert um den verstorbenen Führer Michael Kühnen:
Christian Worch (links; Nationale Liste-HH, GdNF-Organisationsleitung), Otto Riehs (3.v.l.; Deutsches Hessen),
Heinz Reisz (7.v.l.; Deutsches Hessen), Roman Dannenberg (8.v.l.; Deutsche Alternative-Hoyerswerda),
GdNF-Frau aus Berlin (10.v.l.)

C.N.Foto,
Kontakt übers INFO

»Kaderbildung ist der erste Schritt zur Elitenbildung« heißt es in den aus dem Organisationsnetz der GdNF stammenden Papieren. Zur Schulung ihrer Kader sollen sie dienen und diesen das notwendige Rüstzeug für ihre Tätigkeit liefern. Im großen und ganzen finden wir nichts Neues in diesen Materialien. Sie decken sich in vielem mit dem, was wir bereits der NEUEN FRONT, der Zeitung der GdNF, entnehmen konnten. Dennoch, sie beschreiben noch einmal viel detaillierter, wie der Organisationsplan aussieht, wie neue Gruppen aufgezogen und geschult werden. Schon beim Durchblättern wird offensichtlich, daß die Verbotsverfügungen von Ende 1992 nicht darauf ausgerichtet waren, die Organisation im Zentrum zu treffen und das Netz

arbeitsunfähig zu machen. Kühnen und Co. wußten spätestens nach dem ANS/NA-Verbot 1983, welchen Spielraum der bundesdeutsche Staat ihnen lassen würde; darauf haben sie die Organisationsstruktur der GdNF abgestimmt.

Im Editorial der GdNF-Publikation NEUE FRONT ist in jeder Ausgabe in Kurzform zu lesen, was Tradition und Zielsetzung dieser faschistischen Strömung sind. Adolf Hitler wird als »Heilsgestalt der arischen Rasse« und die GdNF in der Tradition der SA und des »revolutionären Flügels der historischen NSDAP« gesehen. Hervorgegangen ist die GdNF aus dem SA-STURM 8.MAI und der ANS. Ziel ist die Überwindung des NS-Verbotes, wobei sich die GdNF als »Keimzelle der neuzu-

gründenden NSDAP« betrachtet. Die Zeitschrift NEUE FRONT zitieren wir, weil dort die »Generallinie« zum Ausdruck kommt, so verkünden es die Schulungsmaterialien, - und zwar »in den praktischen Anordnungen der Führung der (Gd)NF...«. Für die theoretischen Ausführungen der »Generallinie« sorgt das Politische Lexikon¹, das Michael Kühnen seiner Gefolgschaft zusammengestellt hatte. Diese »Generallinie« umfaßt Weltanschauung, Traditionsverhältnis, Strategie und Taktik und soll so lange gelten, bis sie nach der Aufhebung des NS-Verbotes durch die »Parteilinie der NSDAP«

¹ alle weiteren Zitate stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus den GdNF-Schulungsmaterialien

